

Haushaltsrede der AfD im Kreistag Rastatt am 20.02. 2018

Sehr geehrte Anwesende.

Nach knapp 10 Minuten haben Sie's hinter sich.

Kreisumlage 1a

Der Beibehaltung der Kreisumlage von 31% unter TOP 1a stimmt die Gruppe der AfD zu. Obwohl damit absolut ein beachtlicher Zuwachs verbunden ist, wird der durch ebenfalls aufwachsende Ausgaben aufgezehrt. Eine Senkung ist deshalb leider ausgeschlossen.

Abfallwirtschaftsbetrieb 1c Duales System

Ebenfalls stimmen wir dem Wirtschaftsplan 2018 des Abfallwirtschaftsbetriebs unter TOP 1c zu. Wenn wir auch die vom Dualen System Deutschland (DSD) geforderte Mülltrennung durch den Verbraucher als nicht praktikabel ansehen. 40,9% Fehlwürfe bezeugen dies.

Eine Abschaffung der Trennung und dann Einsatz von automatisierten Trennungsanlagen oder gar die Müllverbrennung erscheinen uns erwägenswert.

Haushaltssatzung 1b

Dem TOP 1b, Haushaltssatzung, stimmen wir wie in den vergangenen Jahren allerdings wieder nicht zu. Nicht, weil wir an der operativen Gestaltung Kritik hegen. Im Gegenteil, die bewerten wir als im Großen und Ganzen wieder als sehr sachgerecht.

Das betrifft jedoch nicht Schule und illegale Migration.

Beide liegen zwar formal nicht im Verantwortungsbereich des Kreistages, sondern bei Land und Bund. Weil sie aber existenzbestimmend für die Kreisbewohner sind hat auch der Kreistag die dringliche Verpflichtung zur Einflußnahme.

Unsere Ablehnung entsteht aus dem unzureichenden Widerstand des Kreistages gegen offensichtliche Fehlentwicklungen auf diesen beiden existenzbestimmenden Politikfeldern.

Schule

Zur Schulpolitik.

Die versäumt es derzeitig, die wichtige Ressource Bildung ausreichend bereitzustellen.

„Dramatischer Niedergang der Schulbildung in Baden-Württemberg“
titelte die „WELT“ vor einem Jahr.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article159120177/Dramatischer-Niedergang-der-Schulbildung-in-Baden-Wuerttemberg.html>

Die wesentlichsten Ursachen sehen wir in der Abschaffung von Leistungsprinzip und gegliedertem Schulsystem sowie Einführung der überflüssigen Inklusion, der altersunangepaßten Frühsexualisierung und der illegalen Migration.

Migration

Zur Migrationspolitik.

Die lehnen wir ab weil sie verheerenden irreversiblen Schaden anrichtet, unter dem die BRD

langfristig leiden wird.

Nun gibt's außer derAfD doch noch Andere, die sich nicht weigern, diesen rosaroten Elefanten im Raum wahrzunehmen.

Rastatter Erklärung

Denn tatsächlich hat sich der Landkreistag am 05. Oktober 2017-zur „Rastatter Erklärung des Landkreistags“ mit „10 Kernerwartungen“ durchgerungen.

Leider bestehen die „Kernerwartungen“ dann aber zum Einen lediglich aus Einforderung von absurderweise nicht eingehaltenen Selbstverständlichkeiten wie

- Rückführung von Migranten bei fehlender Bleibeperspektive sowie
 - Ahndung von Fehlverhalten und Straffälligkeit in Migrantenunterkünften
- allerdings wird das treffend kommentiert mit dem Satz:
„Ein Rechtsstaat kann diese Grenzverletzungen nicht hinnehmen“.

Und zum Anderen sind mehr als die Hälfte der „10 Kernerwartungen“

- Forderung nach Kostenerstattung durch das Land.

Was zwar die Kreisverwaltung entlastete, nicht aber die Bürger des Landkreises, um die's schließlich geht. Die Bürger zahlen in jedem Fall, wer denn sonst?
Gegebenenfalls auch noch mit Verlust an Sicherheit.

Gelöbnis

Die „10 Kernerwartungen“ kurieren lediglich an Symptomen.

Dabei haben alle Kreisräte ein Gelöbnis abgelegt, an das ich mich, Herr Landrat, noch gut erinnere. In dem heißt es unter anderem,

es sei das Wohl der Einwohner des Landkreises nach Kräften zu fördern.

Grenzschießung

Eine zum Wohle der Einwohner des Landkreises sofort realisierbare „Kernerwartung“ des Landkreistages wäre die Schließung der widerrechtlich offenen Grenzen gewesen.

Als ob ein Sozialstaat beliebig viele Migranten noch dazu aus gewaltaffinen archaischen Kulturen schadlos aufnehmen könne. Der existierende Streit darüber zeugt von pathologischem Realitätsverlust.

Bereits jetzt hat in Deutschland die Kohorte der unter 15-jährigen zu 38% Eltern mit Migrationshintergrund.

UMA

Eine 2-te zum Wohle der Einwohner des Landkreises sofort wirksame „Kernerwartung“ hätte die Forderung nach sicherer Altersbestimmung von UMA sein müssen. Immerhin besteht ein Unterschied zwischen rund 60.000 EUR/Jahr für einen UMA und 15.000 EUR/Jahr für einen Volljährigen.

Es dürfte doch inzwischen klar sein, daß nicht jeder als UMA Eingestufte eine hilflose Waise ist. Die mag's schon auch geben.

Sicher aber gibt es solche, die bei Herkunft und Alter belügen und darüber hinaus Straftaten vom Ladendiebstahl bis zum Mord begehen.

Hier paßte treffend der schon zitierte markige Satz aus der „Rastatter Erklärung“:

„Ein Rechtsstaat kann diese Grenzverletzungen nicht hinnehmen.“

Der UMA ist längst das lukrative Geschäftsmodell der Schlepper. Kein Wunder bei Bleibegarantie, Bevorzugung bei Alimentation und Strafverfolgung sowie hoher Nachzugswahrscheinlichkeit für die Familie.

Also stieg die Zahl der UMA im Landkreis von 46 im November 2015 auf derzeitig 155. Davon sind übrigens 103 bereits offiziell volljährig geworden. Werden aber alle weiterhin betreut aufgrund von Entscheidungen der inobhutnehmenden Einrichtungen, denen die Betreuungskosten zugewiesen werden.

Hochwahrscheinlich mindestens bis zum 21sten, möglicherweise bis zum 27sten Lebensjahr.

Bundesweit werden übrigens für derzeitig rund 55.000 UMA jährlich rund 3,5 Milliarden EUR ausgegeben. 3,5 Milliarden, das sind gut 1% des Bundeshaushalts!

Jäckel und Mußler

Vor diesem Hintergrund würd's mich interessieren, ob der Herr Kollege Jäckel bei seiner vor knapp 1 ½ Jahren (KT 25.10.2016) vertretenen Meinung verbleibt, für UMA sei unbesehen jeder Kostenaufwand gerechtfertigt.

Und ob der Herr Kollege Mußler seine damalige nie begründete undifferenzierte Meinung über UMA und AfD weiterhin vertritt oder ob er seinen Kenntnisstand korrigiert hat.

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article160790706/Guete-wird-nur-respektiert-wenn-sie-sich-mit-Streng-verbindet.html>

Es wird falsch geholfen und den Falschen

Jetzt nochmal zu einer wichtigen, schon oft versuchten aber bislang fruchtlosen Richtigstellung.

Die unkontrollierte Aufnahme der Migranten wird fortwährend als „humanitäre Maßnahme“ gerühmt. In Wahrheit ist sie höchst inhuman. Warum?

1. weil vielen Falschen geholfen wird. Nämlich Wirtschaftsflüchtlingen und absurderweise sogar Straftätern. Nicht aber Schwachen und Mittellosen. Die schaffen's nicht bis in den Landkreis.

2. werden Mittel verschwendet an Schlepper und die Asylinindustrie.

In heimatnahen UNHCR-betreuten Schutzzonen erreichte man einen zig-fach größeren humanitären Effekt.

Und 3. ertrinken Tausende im Mittelmeer wegen der gebotenen Anreize.

Remigration

Zur Verringerung des angerichteten Schadens muß endlich die Integration durch Remigration ersetzt werden, wie's die AfD fordert.

Mittel, die fuer Integration ausgegeben werden, muessen stattdessen in Ausbildung zum

Wiederaufbau der Heimatländer fließen – denn wer soll denn Afghanistan, Syrien, den Irak wieder aufbauen?

Statt dessen äußert der Landkreistag in seiner „Rastatter Erklärung“:

Zitat:

„Die Herausforderungen, die mit dem Flüchtlingszuzug verbunden sind, bleiben freilich weiterhin immens und werden noch weiter zunehmen. Die baden-württembergischen Landkreise sind willens und entschlossen, sich diesen Herausforderungen zu stellen.“

Zitat Ende

Der Landkreis kapituliert also vor der fatalen Bundespolitik der Integration. Läßt sich zu Fehlinvestitionen wie die Anmietung des Rastatter Hochhauses treiben und muß unnötig beschaffte Einrichtungsgegenstände wieder in Bietigheim unter Wert verkaufen.

Tatsächlich werden die Herausforderungen immens zunehmen.

Denn in Nordafrika warten 6 Millionen auf die Überfahrt nach Europa.

Und der Verfassungsschutz schätzt 750 islamistische Gefährder in der BRD, davon 93 in BW. Eine Zahl für den Landkreis ist nicht bekannt.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.terror-behoerden-zahl-der-gefaehrder-in-baden-wuerttemberg-steigt.75d70025-ec2f-4e24-8950-3102287bd989.html>

Biedermann und die Brandstifter

Der Landkreistag wie große Teile der BRD stecken im Szenario „Biedermann und die Brandstifter“. Herr Biedermann sieht glasklar die Vorboten des Unheils kommen, will sie aber nicht wahrhaben weil nicht sein kann was nicht sein darf. Absurderweise befördert er sogar das Unheil noch, das ihn folgerichtig schließlich ereilen wird.

AfD und Asyl

Zum Schluß nochmals zur Klarstellung, auch wenn's schon ewig wiederholt wurde und damit es auch alle Anwesenden richtig verstehen:

Die AfD unterstützt Asylrecht, Genfer Konvention und auch subsidiären Schutz Berechtigter – für die Dauer des Schutzgrundes. Aber keine ungesteuerte Migration ins Sozialsystem oder dauernde Zuwanderung über Asyl. Heimatnahe Schutzzonen in denen über die Aufnahme entschieden wird machen das praktikabel.

Ablehnung von 1b

Unser abschließendes Fazit:

Wie seit Jahren liegen nach wie vor keine klaren, den Haushalt begleitenden Forderungen des Kreistages zur Beendigung der fatalen rechtswidrigen Einwanderungspolitik der Bundesregierung vor. Die „10 Kernerwartungen“ des Landkreistages kurieren nur an Symptomen. Deshalb lehnt die Gruppe der AfD den TOP 1b, die Haushaltsatzung, wieder demonstrativ ab.

Deutschland ist vor allem durch Migrations-Politik, aber auch durch Schul-, Euro- Energie- und Gender-Politik zu Absurdistan geworden.

Ceterum censeo

Ceterum censeo:

Aus Absurdistan muß wieder Deutschland werden!

Danke für die Aufmerksamkeit

Kommentare zur Rede:

Der Kreistag nahm die Rede zur Kenntnis. Niemand applaudierte, niemand äußerte Mißfallen, niemand verließ den Saal wie es 2016 geschehen war. Damals standen die Landtagswahlen an und unsere Mitbewerber wollten wohl damit ein paar negative Zeilen in der Lokalpresse generieren.

Warum wird in der Haushaltsrede die „Rastatter Erklärung des Landkreistages“ hervorgehoben?

Weil die AfD-Kreisräte schon in 2015 an den Kreistag appelliert hatten, über bestehende Strukturen, aber auch öffentlichkeitswirksam gegen die Migrationspolitik zu opponieren. Der Landrat hatte damals geantwortet:

„Er fühle sich vom Landkreistag gut vertreten und setze darauf, daß dessen Forderungen und Anregungen Wirkung zeigen“.

Noch eine Anekdote als spaßige Anmerkung:

Warum habe ich das Gelöbnis der Kreisräte hervorgehoben mit den Worten: „an das ich mich, Herr Landrat, noch gut erinnere“?

Weil ich als Sprecher der AfD-Kreisräte in der Zusammenkunft der Fraktionsvorsitzenden zur Vorbereitung der konstituierenden Kreistagssitzung folgendes erleben mußte:

Am Schluß der Besprechung angekommen erklärte Landrat Bäuerle, es sei bislang üblich gewesen, daß der älteste Kreisrat das anstehende Gelöbnis gesprochen habe. Im neuen Kreistag sei nun aber eine frisch gebackene Abiturientin das jüngste Mitglied geworden. Das sei, so Bäuerle, eine nicht zu vergebende Gelegenheit diesmal die jüngste Kreisrätin das Gelöbnis sprechen zu lassen.

Also, weil sich kein Widerspruch erhob ward's so einstimmig beschlossen.

Dann aber äußerte Landrat Bäuerle: „Übrigens sie, Herr Dr. Patzelt, sind derzeitig der älteste Kreisrat.“

Mir fiel daraufhin nur ein, die Hoffnung auszusprechen, daß die Abiturientin auch ausreichend gut lesen gelernt habe. Weil man ja über den Bildungsstand heutiger Abiturienten Schauergeschichten höre. Der Landrat erklärte das aber als gesichert. Schließlich sei das Abitur an einer kreiseigenen Schule abgelegt worden.

So ist dem CDU-Landrat Bäuerle auf lokaler Ebene gelungen, was Jahre danach seinem Parteifreund Norbert Lammert auf Bundesebene in ähnlicher Weise nachzuvollziehen vergönnt war.

Landrat Bauerle hat aber meine gelegentlich scherzhaft geauserte Vermutung, er habe seinem Parteifreund Lammert doch wohl beratend zu Seite gestanden, vehement verneint.